



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 215 -

Kiel, 4. Dezember 2008
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
Fax (0431) 988 1156

K u r z b e r i c h t

über die

85. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 3. Dezember 2008,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Innenministeriums zu den **Erkenntnissen zu jugendlichen Intensivtätern in Schleswig-Holstein** entgegen und ließ sich in nicht öffentlicher Sitzung über den **Vorfall in einer Schule in Neumünster** am 28. November 2008 informieren. Hieran schloss sich jeweils eine Aussprache an.

Er schloss seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein**, Drucksache 16/1675, ab. Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme der FDP und bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnte er den Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Umdruck 16/3671, ab. Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der FDP wurde der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 16/3705, abgelehnt. Die Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und SPD, Umdrucke 16/3670, 16/3702 und 16/3734, wurden mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der FDP angenommen. In der Schlussabstimmung empfahl der Ausschuss mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der FDP dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein (LBO), Drucksache 16/1675, in der durch die Änderungsanträge von CDU und SPD geänderten Fassung.

In einem weiteren nicht öffentlichen Sitzungsteil schloss der Ausschuss außerdem auch seine Beratungen zur **Petition Upahl**, Umdruck 16/3156, ab.

Den Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Umsetzung des Terrorismusbekämpfungsgesetzes und zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle**, Drucksache 16/2135, empfahl er mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Landtag unverändert zur Annahme.

In Übereinstimmung mit den übrigen beteiligten Ausschüssen beschlossen die Ausschussmitglieder einstimmig, dem Landtag die Kenntnisnahme des **Tätigkeitsberichts 2008**

des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein, Drucksache 16/1839, zu empfehlen.

Auch den Bericht der Landesregierung, **Schutz personenbezogener Daten in der europäischen Zusammenarbeit im Bereich Polizei und Justiz**, Drucksache 16/1945, nahm der Ausschuss einstimmig abschließend zur Kenntnis.

Den Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Landesschlichtungsgesetzes**, Drucksache 16/2179, empfahlen die Ausschussmitglieder dem Landtag einstimmig unverändert zur Annahme.

Den Antrag der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, **Entschließung zum Jugendstrafrecht**, Drucksache 16/1816 (neu), empfahl der Ausschuss mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Landtag in der durch den Änderungsantrag Umdruck 16/3703 geänderten Fassung zur Annahme.

Einstimmig gab der Innen- und Rechtsausschuss an den Landtag die Empfehlung ab, den Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Landesverwaltungsgesetzes und des Kirchenaustrittsgesetzes**, Drucksache 16/2313, unverändert anzunehmen.

Vorbehaltlich des noch ausstehenden Votums des beteiligten Finanzausschusses empfahl er dem Landtag ebenfalls einstimmig, den Bericht der Landesregierung, **Electronic Government in Schleswig-Holstein**, Drucksache 16/1353, zur Kenntnis zu nehmen.

Die Ausschussmitglieder legten fest, zum Bericht der Landesregierung zum **Schleswig-Holsteinischen Integrationskonzept und zum Nationalen Integrationsplan**, Drucksache 16/2188, auf der Grundlage der von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW eingereichten Fragen, Umdrucke 16/3704 und 16/3728, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, ihre Anzuhörenden innerhalb einer Woche zu benennen.

Die Anträge von SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge**, Drucksache 16/1878, und **Ärztliche Begutachtung von traumatisierten ausreisepflichtigen Personen**, Drucksache 16/1892 (neu), empfahl der Ausschuss mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Landtag zur Ablehnung.

Seine Beratungen zum Antrag der Fraktion der FDP zur **Abschaffung der Zuverlässigkeitsteuerprüfung im Luftsicherheitsgesetz**, Drucksache 16/645 (neu), stellte der Ausschuss noch einmal bis zu einem Bericht des Innenministeriums zu gegebener Zeit über das Ergebnis der noch anstehenden Neuregelung des Luftsicherheitsgesetzes auf Bundesebene zurück.

Zum Antrag der Abgeordneten des SSW, **Öffnungsklausel im Grundgesetz für Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern in der Minderheitenpolitik**, Drucksache 16/2149, schloss sich der Ausschuss der Empfehlung des beteiligten Europaausschusses an, dem Landtag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Zur Entschließung des Schleswig-Holsteinischen Landtages zur Unterbringung und Zwangsarbeit von Kindern/Jugendlichen in ehemaligen Heimen der

Landesfürsorgeerziehung, Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2167, und zum Bericht der Landesregierung zu diesem Thema, Drucksache 16/2187, bat der Innen- und Rechtsausschuss den federführenden Sozialausschuss um die enge Einbindung in seine Beratungen.

Vorbehaltlich bis zum 12. Dezember 2008 anzumeldender Änderungswünsche der Fraktionen beschloss der Ausschuss außerdem seine Sitzungstermine für das erste Halbjahr 2009, Umdruck 16/3481.

Schluss: 15:55 Uhr

gez. Dörte Schönfelder